EUROPA 05.02.2026 | Oleksandr Kraiev

# Nicht um jeden Preis

## Warum Verhandlungen allein keinen Frieden bringen – und weshalb die Ukraine Gespräche ohne Druck auf Moskau ablehnt.

Jeder Krieg endet mit Verhandlungen. Dieser ehemals unumstößliche Grundsatz scheint aufgrund des hybriden und metamodernen Charakters der heutigen internationalen Beziehungen längst überholt. Manche Konflikte scheinen beinahe aus dem Nichts zu entstehen und unabhängig von den objektiven Gegebenheiten wieder zu erstarren – wie schlafende Vulkane, bei denen man jeden Moment darauf gefasst sein muss, dass sie wieder Feuer speien und Zerstörung anrichten. Das letzte Mal, dass ein Krieg offiziell erklärt wurde, ist lange her: 1941 überreichte der deutsche Botschafter Werner von der Schulenburg dem sowjetischen Außenminister Molotow eine Note über den „Beginn kriegerischer Gegenmaßnahmen". (Als Zugeständnis an die modernen Zeiten ließ Hitler in der Note das Wort „Krieg" unerwähnt.)

Auch Russlands Krieg gegen die Ukraine, der am 24. Februar 2022 in seine aktivste Phase eintrat, reiht sich in den heutigen Trend zu einem hybriden Krieg ein: Der Tatbestand der Aggression wird vom Aggressor selbst nicht anerkannt, Ziel und Zweck verschwimmen immer wieder, und vor wie auch während der Kriegshandlungen läuft die Propagandamaschinerie auf Hochtouren, während die Bevölkerung des ins Visier genommenen Staates permanent auf breiter Front beeinflusst wird. Ein wichtiger Bestandteil dieser Informationsoperation ist natürlich der Verhandlungsweg. Es wurde sehr viel Aufwand betrieben, um die Ukraine als verhandlungsunfähig und die ukrainische Regierung als Kriegstreiberin darzustellen, die den Krieg „bis zum letzten Ukrainer" weiterführen wolle.

Parallel setzt die ukrainische Diplomatie alle Hebel in Bewegung, um auf ein finales Abkommen über einen Waffenstillstand und über Sicherheitsgarantien hinzuarbeiten. Die entsprechenden Verhandlungen verliefen 2025 zwar mit wechselndem Erfolg, aber Anfang 2026 ist ein Stand erreicht, bei dem der „28-Punkte-Plan" auf 20 Punkte geschrumpft ist und man sich den „Problemthemen" widmen kann. Kiew und Washington haben vereinbart, diese Themen im weiteren Verlauf sowohl

in regulären Besprechungen als auch auf höchster politischer Ebene zu behandeln.

Diese Themen werfen eine ganze Reihe von Fragen auf. Die ukrainische Diplomatie hat zwar alles darangesetzt, bei den erwähnten 20 Punkten Abstriche von den nationalen Interessen der Ukraine möglichst weitgehend zu vermeiden, doch die heißesten Eisen liegen nach wie vor auf dem Verhandlungstisch. Auch die jüngsten Treffen in Davos und Abu Dhabi sowie der sonstige Austausch zwischen Kiew und Washington haben gezeigt, dass man sich weiterhin mit den Territorialfragen beschäftigen muss, die sowohl den Rechtsstatus als auch die faktische Kontrolle der betreffenden Gebiete umfassen sowie einen möglichen Rückzug der ukrainischen Armee von den besetzten Stellungen einschließen. Außerdem muss man sich mit der Frage der Sicherheitsgarantien beschäftigen, welche die amerikanische Seite inzwischen mit der ungelösten Territorialfrage zu verknüpfen versucht, nachdem sie ihr zunächst sorgsam aus dem Weg ging.

In den letzten Monaten des vergangenen Jahres hat man – nach Angaben der ukrainischen Seite – die Frage des offiziellen Status der russischen Sprache und der russischen Kirche erfolgreich aus den Verhandlungen ausgeklammert, aber bislang stehen auch die Territorial- und Garantiefragen dem Abschluss eines vollwertigen Abkommens im Wege. Genau aus diesem Grund führt die ukrainische Regierung aktive und mitunter schwierige Gespräche mit den Amerikanern und bemüht sich zugleich nach und nach um Kontakt zu den Russen.

***Die Gesellschaft ist bereit, ein „Einfrieren“ der Kriegshandlungen zu akzeptieren und dafür Kompromisse einzugehen, um Menschenleben zu retten, lehnt jedoch die Anerkennung der Okkupation oder De-jure-Gebietsabtretungen strikt ab.***

Eine wichtige Rolle spielt der Rückhalt der Bevölkerung, den die ukrainische Regierung für dieses Vorgehen braucht. Laut Meinungsumfragen hat sich die Stimmung deutlich gewandelt, aber die Ziele bleiben unverändert. 2022 war die ukrainische Bevölkerung noch mehrheitlich dafür, den Krieg bis zum uneingeschränkten Sieg fortzuführen. 2025 kamen das Meinungsforschungsinstitut Gallup und das Razumkov-Zentrum zu dem Ergebnis, dass 7 Prozent der Ukrainerinnen und Ukrainer ein möglichst schnelles Kriegsende auf dem Verhandlungsweg wollen. Das heißt aber nicht, dass sie einem Frieden um jeden Preis zustimmen. Die Gesellschaft ist bereit, ein „Einfrieren“ der Kriegshandlungen zu akzeptieren und dafür Kompromisse

einzugehen, um Menschenleben zu retten, lehnt jedoch die Anerkennung der Okkupation oder De-jure-Gebietsabtretungen strikt ab.

Einerseits ist nicht zu übersehen, dass immer mehr Menschen Friedensverhandlungen befürworten. Der russische Terror gegen die Zivilbevölkerung und die schwierige Lage an der Front haben die Moral der Ukrainer und Ukrainerinnen natürlich schwer belastet und ihre Bereitschaft zur Fortsetzung der Konfrontation verringert. Dennoch wäre es übertrieben, hieraus abzuleiten, die Bevölkerung sei bereit, die Diplomatie als einzige mögliche Option zu akzeptieren, die unter allen Umständen umgesetzt werden müsse.

Diese Stimmung schlägt sich auch in der Rhetorik der politischen Führung der Ukraine nieder. Im Juli 2024 erklärte Präsident Selenskyj in einem Interview mit französischen Medienvertretern klipp und klar, dass über Fragen der territorialen Integrität nicht der Präsident allein entscheide, sondern das Volk nach seinem Willen gefragt werden müsse, weil alles andere verfassungswidrig wäre.

Wichtig ist auch, dass die anhaltende Unterstützung nicht für Kapitulationsverhandlungen gilt, sondern für das Aushandeln einer ausgewogenen Friedensregelung. Im August 2025 sprachen sich laut einer Erhebung des Meinungsforschungsinstituts Rating 59 Prozent der befragten Ukrainerinnen und Ukrainer dafür aus, die Kriegshandlungen einzustellen und sich auf Kompromisssuche zu begeben – aber nur unter der Bedingung verlässlicher internationaler Sicherheitsgarantien. 2 Prozent waren nach eigener Aussage dafür, den Krieg bis zur vollständigen militärischen Rückeroberung des Donbass und der Krim fortzusetzen. In der Summe sind also 79 Prozent der ukrainischen Bevölkerung nicht bereit, „Verhandlungen um der Verhandlungen willen“ oder einen „Frieden um jeden Preis“ zu akzeptieren. Diplomatie bleibt die erste Wahl, aber sie muss abgewogen und ausbalanciert sein und darf nicht die Kapitulation zur Grundlage machen.

Doch wenn Verhandlungen nur unter der Bedingung akzeptabel sind, dass die Formel „Verhandlungen sind nicht gleich Kapitulation“ eingelöst wird – woran sollen die Verhandlungen sich dann orientieren?

***Ein solches Abkommen gilt als strategische Angelegenheit und nach jetzigem Stand als unerreichbar.***

Eine akzeptable Variante könnte laut den zitierten Umfragen ein Waffenstillstand sein, bei dem die Ukraine nicht zur offiziellen Anerkennung von Gebietsverlusten gezwungen wird, sondern während der aktiven Phase des Konflikts eine Atempause bekommt. Leider

gibt es bislang keine klaren Anhaltspunkte, wie ein Friedensabkommen in Grundzügen aussehen könnte. Ein solches Abkommen gilt als strategische Angelegenheit und nach jetzigem Stand als unerreichbar. Das Hauptproblem des Verhandlungsweges ist und bleibt die Frage, ob Moskau überhaupt bereit ist, ernsthaft zu verhandeln. Im Kern hat sich die Position der Russischen Föderation in den vergangenen sechs Monaten nicht geändert: Sie wiederholt immer die gleichen Abtretungsforderungen und willkürlichen Obergrenzen für die ukrainischen Streitkräfte, immer die gleichen Fragen nach dem offiziellen Status der russischen Sprache und der Anerkennung der russisch-orthodoxen Kirche in der Ukraine.

Dass mit der US-Regierung aktiv verhandelt wird, ist ein sehr gutes diplomatisches Signal. Gut ist auch, dass eine Beendigung der russischen Aggression unter angemessenen Bedingungen bei den meisten demokratischen Regierungen und Völkern breite Zustimmung findet. Doch mit dem Vertrauen in die Verlautbarungen des Kremls ist es nicht so bestellt, dass man sich hundertprozentig auf die diplomatische Formel einer definitiven Beendigung des Krieges einlassen könnte. Solange die Russische Föderation ihre Haltung nicht ändert und nicht mit Macht zu ehrlichen und unvoreingenommenen diplomatischen Kontakten genötigt wird – etwa durch verstärkte Waffenlieferungen an die Ukraine, durch die Aufhebung von Beschränkungen für Waffen mit großer Reichweite mit Blick auf russisches Gebiet und durch den Ausbau des Austausches von Geheimdienstinformationen –, wird es kein Ergebnis geben. Genau deshalb bleibt für die Ukrainer und für ihre internationalen Partner das Konzept „Frieden durch Gewalt“ auf der Tagesordnung. Dieses Konzept kann auch helfen, vom Verhandeln um des Verhandelns Willen Abstand zu nehmen und die Verhandlungen pragmatisch zu gestalten.

*Aus dem Russischen von Andreas Bredenfeld*



**Oleksandr Kraiev**
Kiew

Oleksandr Kraiev ist Direktor des Nordamerikaprogramms beim ukrainischen *Prism Foreign Policy Council* und Direktor des Forschungsprogramms für den transatlantischen Dialog und die NATO-Beziehungen der *Strategic and Security Studios Group*. Er lehrt internationale Politik am Institut für internationale Beziehungen (IMO KNU) und an der Kiew-Mohyla-Akademie (NaUKMA).